

Mein linker, linker Platz ist leer, da wünsch ich mir DIE LINKE her

Diskussion **Es stehen strategische Entscheidungen hinsichtlich von Organisation, Repräsentation und der Frage der Klassenbildung an**

Von Horst Kahrs

Wohin geht DIE LINKE nach der Bundestagswahl? Wohin sollte sie gehen? Antworten sollten von ein paar Prämissen ausgehen. Die parlamentarische Weiterexistenz der Linkspartei ist ein Erfolg für die linken Kräfte. Die Linkspartei ist eine parlamentarische Partei. Ihre Aufgabe ist das Agieren im politischen Feld, im parlamentarisch-demokratischen System, im real existierenden Politikbetrieb. Sie existiert, um im Wettbewerb mit den anderen Parteien gut abzuschneiden. Die Linkspartei hat die politischen Gelegenheiten, strategische Entscheidungen über den weiteren Weg der Partei treffen zu können. Sie hat mehr als nur eine Zukunft offen.

Strategische Entscheidungen sind möglich erstens hinsichtlich der Organisation, der Frage nach dem Charakter der Partei und ihrer Kommunikation mit der Gesellschaft. Zweitens stellt sich die Frage nach der Repräsentation, danach, wie und welche sozialen Lagen und Interessen die Partei vertreten will, die Frage der Klassenbildung. Auf beiden Felder haben sich gegenüber 2009/2010 die Optionen der Partei verringert.

Organisation, Repräsentation, Parlament

Zusätzlich kann die Partei, drittens, über die Rolle im politischen System der Bundesrepublik Entscheidungen treffen. Die Debatten über eine Regierungsbeteiligung im Bund sind 2014 nicht mehr nur interne Identitätspolitik. Weil die Linkspartei mit ihrem dritten Bundestagszeitung endgültig in den Kreis der etablierten Parteien eingetreten ist, hob die SPD als Akt der Befreiung aus einer strategischen Sackgasse, nicht aus neu entflammter Lust auf linke Politik, das Koalitionsverbot auf.

Im Focus einer Debatte über Regierungsbeteiligung kann nicht stehen, was gut für die Partei und ihr Personal ist, sondern was gut für die Lebensverhältnisse ihrer WählerInnen ist, zumal für die 2,5 Millionen WiederwählerInnen. Dazu muss man die WählerInnen und ihr Wollen kennen. Tatsächlich weiß die Linkspartei nicht, wen sie im Parlament repräsentiert. Gewiss, es gibt viel Teilweisen über mehr oder weniger große Segmente der Wählerschaft, über einzelne Milieus, aber weder ein Gesamtbild noch eine politische Verdichtung des bunten Flickenteppichs. Schnell wird eine Teilmenge zum Ganzen verklärt.

Die Wählerschaft der Linkspartei ist höchst heterogen, nicht nur zwischen Ost und West, und verfolgt vielfältige Motive. Zwei Beispiele: 2012 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gingen die abwandernden WählerInnen etwa zu gleichen Teilen zur SPD, zur damals neuen Protestpartei Piratenpartei und zu den Nichtwählern. In etlichen Städ-

ten kommt die Mitgliedschaft der Linken aus alten und neuen linken Milieus, in den großstädtisch abgehängten Stadtarrondierungen ist sie kaum präsent. Was dort gedacht, gesprochen, wie dort gesellschaftliche Realität zu Alltagserfahrungen geknetet wird, ist dann in den Parteidebatten vor Ort selten gegenwärtig. Fakt ist, dass keine Teilmenge allein das Potenzial hat, der Partei die Gewissheit zu vermitteln, dass ihre parlamentarische Existenz gesichert wäre, wenn sie sich nicht allzu blöd anstellt.

Ohne Parteistrukturen bleibt Existenz als Wahlpartei

Der bunte Flickenteppich, die politische und soziale Vielfalt ist noch die Stärke der Linkspartei, der Kern ihrer politischen Existenzberechtigung in Zeiten sozialer Fragmentierung, in denen offene Klassenkonflikte in Deutschland eher nicht geführt werden. Um diesen Flickenteppich nicht nur wahlpolitisch zu verwalten, sondern politisch produktiv zu machen, braucht es eine Mitgliederpartei, in der die Mitglieder als aktives Scharnier zum gesellschaftlichen Alltag wirken und die heterogenen Alltagserfahrungen und -sichten der Repräsentierten in die Partei tragen und zu gemeinsamen politischen Anliegen verdichten.

Tatsächlich existiert die Linkspartei vielerorts mangels Mitgliedern und arbeitsfähiger Parteistrukturen nur als Wahlpartei, die mangels authentischer Kommunikation allein auf medial vermittelte angewiesen ist. Das Übergewicht der parlamentarischen Existenzform fördert die Tendenz, die Linkspartei statt zur Mitgliederpartei als (semi-)professionelle Wahl- oder Kampagnenpartei zu stellen.

Tatsächlich erfolgt die öffentliche Wahrnehmung vorwiegend über Medien, und auch viele linken WählerInnen interessieren sich erst kurz vor dem Wahltag und entscheiden sich nach medial vermittelter Stimmungslage. Nicht so schlimm? Der Preis ist hoch: Die Aufmerksamkeitsökonomie der Medien verlangt schnelle Reaktionen zu allem und jedem. Eine langfristige Themenentwicklung, eine Rückkopplung mit Parteistrukturen oder eine Beratschlagung mit den Mitgliedern, die Vermittlung widerständiger Erfahrungen und Sichtweisen aus dem sozialen in das politische Feld passen nicht in die Betriebsweise des politisch-medialen Komplexes.

Joschka Fischer widerlegen?

Zweifellos stellt der reale Politikbetrieb die Linkspartei vor ein Dilemma. Wo keine Parteistrukturen vorhanden sind, bleibt als Existenzform nur die Wahlpartei. Wo allerdings im lokalen sozialen Alltag verankerte Parteistrukturen vorhanden sind, brauchen sie »föderale Beifreiheit« um (verschiedene) Wege im Sinne der Mitgliederpartei und der politischen Verdichtung auszuloten. Parteidwicklung ist noch nicht auf ein Modell zurückgeworfen.

Das Feld parlamentarischer Strategieoptionen hat Eckpunkte: Die Links-



Die abhängige Arbeit führt heute ein subalternes Dasein.

partei hat durch den selbstorganisierten politischen Stillstand nach 2009 ihren Teil dazu beigetragen, dass die drei Parteien eines rot-rot-grünen »Projektes« das schlechteste Wahlergebnis seit 1990 eingefahren haben. Der getrennt geführte Wahlkampf für mehr Einnahmen der öffentlichen Kassen, um so unter den Bedingungen der Staatsverschuldung, der Schuldenbremse, des auslaufenden Solidarpaktes überhaupt finanzpolitische Spielräume für politisches Intervenieren zu generieren, wurde verloren.

Die außerparlamentarische Opposition kommt »von rechts«, und ist bei unter 45-jährigen stark. Ihre Themen drängen auf die Agenda, weil auch die etablierten Parteien, in unterschiedlichem Maße, um ihre Stimmen buhlen. Zusammen mit den Transformationen des »demokratischen Kapitalismus« zum »autoritären Kapitalismus« wachsen auch in Deutschland die rechtspopulistischen Kräfte und Stimmungen. In diesem Rahmen haben verschiedene Optionen je Argumente für sich.

Von Joschka Fischer stammt die Einschätzung, dass man in nationalen Demokratien »nicht gegen die Finanzmärkte regieren kann«. Wird diese Einschätzung geteilt, so liegt es nahe, den Gründungsgestus der Linkspartei, die Sammlung der Enttäuschten, in die Zukunft zu verlängern. DIE LINKE in spe trat 2005 als Wahlalternative zur rot-grünen Regierungspolitik an und feierte gegen die SPD in der Großen Koalition 2009 einen erneuten Wahlerfolg.

Warum nicht durch klare Frontstellung gegen die SPD 2017 die Stimmen maximieren und die Verteilung der Regierungsgeschäfte mit Union, Grünen und SPD den Parteien überlassen, die die verschiedenen sozialen Formationen des deutschen Exportwirtschaftsmodells repräsentieren? Der Protest gegen die destruktiven Kräfte des kapitalistischen Systems hat links eine Adresse, wodurch die Erosion des Systems nach links geleitet und eine rechte Massenbewegung verhindert wird.

Den strategischen Gegenpol bildet die Auffassung, dass die Linkspartei als neue Schutzmacht der kleinen Leute verpflichtet sei, erstens jede auch noch so kleine Verbesserung für ihre Klientel

einer Klassengesellschaft besteht darin, das Drohpotenzial der zahlenmäßigen Mehrheit der vom Arbeitsmarkt abhängigen Bevölkerung in Anschlag zu bringen gegen ökonomische Macht der vom Kapital- und Vermögensmarkt abhängigen Minderheit – und in diesem Sinne Lagerbildung zu fördern. Mit dem allgemeinen Wahlrecht begannen sich die Kapital- und VermögensbesitzerInnen, wie Friedrich Engels 1895 schrieb, nun weit mehr »vor der gesetzlichen als der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei« zu fürchten und eigene politische Mehrheiten der Oberschichten mit Teilen der Mittelschichten zu schmieden.

Aus dieser Perspektive zeitigte die »geistig-moralische Wende« unter Kohl drei wesentliche Ergebnisse: Der Glaube an die politische Gestaltbarkeit der Verhältnisse schwand. »Kapital« und »Arbeit« begegneten sich im politischen System und öffentlichen Diskurs auf Augenhöhe, während die abhängige Arbeit heute ein subalternes Dasein führt. Die sozialen Unterklassen verzichteten nach ihrer sozialen und ökonomischen Ausgrenzung aus Selbstachtung mehr und mehr auch auf das Wahlrecht, weil ihnen keine Partei vermitteln kann, dass gemeinsames Handeln, wozu auch das Wählen zählt, gegen die ökonomischen Verhältnisse etwas ausrichten kann.

Linkssozialdemokratische, linksreformistische Politik müsste darauf zielen, auch wieder ihre politische Repräsentation zu werden. Not tate, wieder gesellschaftspolitische Diskurse um große Fragen anzustoßen, in denen soziale Unterschichten und Mittelschichten Gemeinsamkeiten entdecken können, und sich nicht in »kleiner Politik« für einzelne Teilmengen zu verlieren.

Klassenpolitik und Demokratie als Lebensform

»Deutschland ist eine Klassengesellschaft« heißt es im Parteiprogramm der Linkspartei. Klassen entstehen nicht durch ökonomische Strukturen, sie entstehen durch die Entdeckung gemeinsamer Interessen und Perspektiven in der Absicht, gemeinsam zu handeln. Gemeinsame Rechte als Arbeitende, ohne die es in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung keine Reichtumsproduktion gäbe, egalitärer Zugang zur öffentlichen Infrastruktur, die sich an den Reproduktionsbedürfnissen der Gesellschaft und nicht denen des Kapitals ausrichtet, verlässliche Lebensverhältnisse in einer supranationalstaatlichen Perspektive – das könnten (recycelte) Eckpunkte eines gesellschaftlichen Werte- und Zieldiskurses mit der Wirkung einer linken Lagerbildung sein.

Voraussetzung dafür: die Fähigkeit, wieder offen Partikularinteressen zu vertreten und in die demokratische Suche nach dem Gemeinwohlkompromiss einzubringen. Dafür braucht es nicht wirtschaftliche Kompetenz, sondern primär demokratische Kompetenz: den politisch gelebten Glauben daran, dass sich an den gesellschaftlichen Verhältnissen gemeinsam noch etwas ändern lässt. Dass es die Politik ist, die die Gesellschaft strukturiert und ihr Bedeutung verleiht, könnte man vom Kapital lernen, das nun eher mit dem autoritären Kapitalismus chinesischer Prägung liebäugelt und »Demokratie als Lebensform« (Oskar Negt) als zu langsam, unberechenbar, ineffektiv betrachtet.

Eine Strategie, die auf politische Gestaltbarkeit und Remobilisierung der sozialen Unterschichten in einem neuen Klassenbündnis oder linken Lager setzt, auf ansteckenden Optimismus, wäre ein Kriterium für Regierungsbeteiligungen. Sie hat einen großen Gegner: Sie kann nicht auf einen medial vermittelten Hype rechnen und muss gegen die Lockrufe der Aufmerksamkeitsökonomie eine langfristige strategische Kommunikation entwickeln. Sie hat einen Preis: DIE LINKE müsste den anmaßenden Alleinvertragsanspruch im Parteinaum opfern. Denn links von einer linkssozialdemokratischen Parlamentspartei bliebe schon noch Platz. ●

Horst Kahrs ist Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sag' mir, wo du stehst, DIE LINKE

Katharina Schwabedissen plädierte in ak 589 für eine Veränderung des politischen und organisatorischen Selbstverständnisses der Partei DIE LINKE und dafür, dass ihre KoalitionspartnerInnen »alle diejenigen sind, deren Leben im Kapitalismus vernutzt wird.« In den kommenden Ausgaben soll weiter diskutiert werden, wohin sich DIE LINKE bewegen sollte.

tel herauszuholen und dabei zweitens »Einstiegsprojekte« eines Transformationsprozesses zu schaffen. Während die einen alles tun würden, die Vorbereitung eines Regierungsbündnisses zu hinterstreben, würden die anderen am liebsten bereits vor den Wahlen die Kompromisse aushandeln – so jedenfalls die wechselseitigen Sichten aufeinander.

Linkspartei mit linkssozialdemokratischem Profil

Ein dritter Einstieg beginnt mit der Frage, was für eine Partei aus der antineoliberalen Sammlungsbewegung des vergangenen Jahrzehnts entstehen kann und soll. Denn: Nichts spricht derzeit dafür, dass es 2017 einen Wahlkampf zweier Koalitionsoptionen geben wird, sondern jede Partei wird als eigenständige Partei antreten und sich viele Optionen offenhalten; weniger die Konstellationen als gesellschaftspolitische Standpunkte, Ordnungsvorstellungen und Gestaltungsoptionen werden gefragt sein.

Die Linkspartei könnte ihren Weg zur linkssozialdemokratischen Partei vollenden. Die Aufgabe linker SozialdemokratInnen im parlamentarischen System